

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Es sind nur wenige Monate vergangen, seit sich Donald Trump selbst als würdiger Kandidat für den Friedensnobelpreis empfahl. Daraus allerdings wurde nichts; das wurde ihm verwehrt. Im Wahlkampf versprach er, dass sich die USA aus Kriegen heraushält. In einer kurzen militärischen Aktion ließ er in Venezuela den Diktator Nicolás Maduro entführen¹. Vielleicht war es diese Aktion, von der er im Siegesrausch beseelt „**Operation Epic Fury**“ ausrief. Nach fast 3 Wochen Krieg fragt man sich warum? Ein Plan, um sein Ziel zu erreichen, fehlte. Dass der Iran militärisch haushoch unterlegen ist, bezweifelt niemand. Aber in einem Land mit 90 Mio. Einwohnern, welches fünfmal größer ist als die Bundesrepublik, sieht das strategisch völlig anders aus. Schon die ersten Tage des Krieges sollen Washington 3,7 Mrd. US\$ gekostet haben. „Billigdrohnen“² des Iran können von den USA nur mit High-Tech-Kriegsmaterial abgefangen werden. Ob man das in der entsprechenden Menge bevorratet, wird sich im Laufe der Kriegshandlungen zeigen. Auf jeden Fall zeigt der Krieg katastrophale Auswirkungen auf die Energiepreise. Dem iranischen Regime ist natürlich klar, dass schlussendlich der Kriegsausgang an den Tankstellen entschieden werden könnte. Die enorm angestiegenen Energiepreise schmälern die Kaufkraft von Bürgern und Unternehmen in unserer Wirtschaft. Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) hat errechnet, dass sich der Aufschwung in Deutschland halbieren würde und ca. 22 Mrd. € kosten würde, wenn der Krieg noch ca. ein halbes Jahr dauert. Die Inflation würde deutlich zunehmen.

Zu Beginn des Krieges wurde die Lichtgestalt der Iraner **Ajatollah Ali Chamenei** getötet. Vor seinem Tod hatte er die Befehlsstrukturen dezentralisiert, was bedeutet, der Iran ist auf keinen Fall führerlos. Ihm folgte nahtlos sein Sohn Modschtaba. Egal wie der Krieg „David (Iran mit Drohnen) gegen Goliath (USA und Israel mit Raketen)“ endet, Donald Trump wird das ganze als Erfolg für sich deklarieren.

Seit ca. 4 Jahren kämpft die **Ukraine** z.T. mit Patriot-Raketen gegen **russisches Dauerfeuer**. Von diesen Raketen werden in den USA nur ca. 1.000 Stück jährlich hergestellt. Aufgrund ihrer Kriegserfahrung haben die USA die Ukraine bereits nach Alternativen zur Shahed-Drohnenabwehr gefragt. Die Ukraine hat beklagt, dass der Westen zu wenig Kriegsabwehrmaterial gegen russische Drohnen liefert. Preisgünstigere Drohnen fertigt die Ukraine selbst. Die hat man als Tauschgeschäft bereits den USA angeboten. Zusätzlich benötigt die Ukraine Geld für ihre Finanzierung. Mit einem **90 Mrd. € Kredit der EU** wollten man die Ukraine bis Ende 2027 finanzieren. Der ungarische Präsident Orban blockiert mit seinem Veto. Die Freigabe seitens der EU muss einstimmig erfolgen. Orbans Begründung: Die Ukraine hat sämtliche russischen Öllieferungen an Ungarn durch die Druschba-(Freundschaft)-Pipeline eingestellt. Sein OK soll erst kommen, wenn das Öl wieder fließt.

Ob führende Wirtschaftsinstitute oder Optimisten, die es mit der Regierung gut meinen, prognostizieren ein Wachstum des **BIP 2026** (Bruttoinlandsprodukt) von ca. 1,5%. Das ist mäßig, aber immer noch besser als die Ergebnisse der letzten Jahre zurück. Dieser verhaltene Aufschwung ist in erster Linie von staatlichen Impulsen abhängig. Ob der Kanzler seinen eigenen Worten glaubt,

¹ Völkerrechtler waren einheitlich der Meinung, dass die USA damit gegen das Völkerrecht verstoßen haben.

² Eine Shahed-Drohne der Iraner kostet 20.000-50.000 US\$, während eine Patriot-Abwehrrakete der US-Streitkräfte fast 4 Mio. US\$ kostet.

wenn er von „Wirtschaftswende“ spricht, sei dahingestellt. Hoffen wir, dass es nicht nur bei Ankündigungen bleibt, denn die tiefgreifenden, strukturellen Probleme bestehen noch weiterhin. Das „Sondervermögen“³ soll den staatlichen Investitionsstau auflösen. Die Maßnahmen für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung sollen rund zwei Drittel der Wachstumsraten ausmachen. In Kurzfassung: Der Dienstleistungssektor schiebt den Aufschwung kaum an. Fehlende Wirtschaftsreformen und Rahmenbedingungen, besonders die hohen Strompreise, die energieintensiven Betrieben stark zusetzen, bremsen das Wirtschaftswachstum in der Industrie.

Die Wähler glaubten Friedrich Merz vor gut einem Jahr, als er umfassende Reformen ankündigte. Beim CDU-Parteitag in Stuttgart räumte er ein, dass seine Zielsetzung zu hoch war. Ohne Zweifel hat er außenpolitisch einige Erfolge gehabt. In der Koalition gab es aber mehr Eigenlob, welches gemäß dem Sprichwort „stinkt“. Die Wähler lehnen heute Friedrich Merz zu 73% ab.

Das gesetzte Ziel, die Bürokratiekosten um 25% zu verringern, wurde weit verfehlt. Der „Entlastungsminister“ Karsten Wildberger (CDU) hatte im Herbst letzten Jahr gemeinsam mit seinem Kabinett 3 Mrd. € angekündigt. Vor allem die Vorschriften der EU sowie des Bundes beim **Lieferkettengesetz** sind für die Unternehmen ein Dorn im Auge. Die mit dem Gesetz verbundenen Berichtspflichten wurden gestrichen, aber nicht das Gesetz mit seinen Pflichten.

Wenn die geburtenstarken Jahrgänge ausscheiden, fehlen **Arbeitskräfte**. Die „Work-and-Stay-Agentur“ (WSA) soll es richten. Bisher fehlen brauchbare Vorschläge. Ein erster kleiner Schritt ist die neue Grundsicherung, welche das Bürgergeld ablöst.

Senkung der **Körperschaftsteuer** sollte die Unternehmen entlasten. Aufgrund fehlender Haushaltsmittel konnte Friedrich Merz sein Versprechen bisher nicht einlösen. Aus abgesenkter **Einkommensteuer** versprach man sich Konsumzuwachs. Bisher wurde nichts daraus. Aus dem Lager der Sozis kam der Gedanke, den Spitzensteuersatz von bisher 42% auf 47% zu erhöhen. Der Präsident des ifo-Instituts Clemens Fuest⁴ warnte davor, weil viele mittelständische Unternehmen der Einkommensteuer unterliegen.

Nur für die Industrie wurde die **Stromsteuer** gesenkt, nicht für Dienstleister und Händler. Ökonom Fuest kritisierte, dass die mit Steuergeldern finanzierte Strompreissenkung keine Senkung der echten Energiekosten darstellt. Ministerin Reiche will die Einspeisevergütungen privater Anbieter streichen.

Mit dem „**Deutschlandfonds**“ wollte die Bundesregierung 30 Mrd. € bereitstellen, in gutem Glauben, 100 Mrd. € an privatem Kapital zu bekommen. Junge Unternehmen haben es aber schwer gegen „Altetablierte“. Man ist nicht mehr so risikofreudig und bremst damit Projekte aus.

Mit 500 Mrd. € Sondervermögen (finanzierte Schulden) sollte die marode deutsche **Infrastruktur** saniert werden. Was nützt das Geld, wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange dauern. Eine Änderung soll das „Infrastruktur-Zukunftsgesetz“ bringen.

Versprechen vor der Wahl: „An der Schuldenbremse wird nicht gerüttelt.“ Nach der Wahl: Auflage eines riesigen Schuldenpakets. Es sollte genutzt werden, um **Wachstum** zu generieren. Die zweckentfremdete Verwendung ist das Hauptproblem der schwarz-roten Regierung. Die zur Verfügung stehenden Mittel hätte man sinnvoll für neue Investitionen einsetzen sollen.

³ Sondervermögen ist ein separater „Nebenhaushalt“ zur Aufnahme von Schulden.

⁴ Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest ist kein Mitglied einer politischen Partei. Er gilt als pragmatischer Ordoliberaler.

Die **deutsch-chinesische Handelsbilanz** hat sich in wenigen Jahren gedreht.

Exporte	2024	2025
von China nach Deutschland	156,2 Mrd. €	170,6 Mrd. €
von Deutschland nach China	89,9 Mrd. €	81,3 Mrd. €

China ist der zweitwichtigste Handelspartner von Deutschland. In China wird mehr produziert, als chinesische Konsumenten abnehmen. Den Überschuss verkauft China auf dem Weltmarkt. Man sagt, dass hohe Subventionen und ein künstlich gehaltener Renminbi (RMB)⁵ chinesische Produkte unschlagbar günstig machen. Das Regime hält die Kaufkraft seiner Bürger möglichst niedrig. Am 12. dieses Monats wurde der 15. Fünfjahresplan⁶ verabschiedet. Es wurden 109 Großprojekte vorgeschlagen. China ist auf die Kaufkraft der Europäer angewiesen. Wenn die EU mit einer Stimme spricht, ist man im Einkauf eine Verhandlungsmacht.

Der kürzlich erste **Besuch des Kanzlers** (mit 30 hochdekorierten Persönlichkeiten aus der Wirtschaft) **in China** brachte wenig Konkretes – bis auf Absichtserklärungen. Allen Teilnehmern sollte bekannt sein, dass chinesische Gesprächspartner freundlich im Ton und Umgang, aber hart in der Sache sind. Deutsche Unternehmen setzen auch künftig auf den Kontakt zu China, weil man dort zwischenzeitlich innovativer ist als bei uns in Deutschland. Schließlich wollen wir „am Ball“ bleiben und den Anschluss nicht verlieren.

Die **Wahl in Baden-Württemberg** stand am 08.03.2026 bevor und dem CDU-Kandidaten Manuel Hagel wurde ein Vorsprung vor den Grünen von 14 Prozentpunkten vorhergesagt. Den Kanzler beflügelte das zu der Aussage: „Wir wollen gewinnen und wir werden gewinnen.“ Es war für ihn (im Landesdialekt gesprochen) ein „gemähtes Wiesle“. Bis zu dem Tag, als Cem Özdemir kam, der sich von seiner Partei abgrenzte und knapp gewann. Ergebnis: Özdemir (Grüne) Platz 1, Hagel (CDU) Platz 2 und die SPD erlitt ein Debakel und schaffte denkbar knapp die 5%-Hürde. Dieser Wahlsieg erhöhte den Druck auf die CDU und den Kanzler. Die Rheinland-Pfalz-Wahl hat gezeigt, dass es nur noch schlimmer kommen konnte.

Mit **Solar- und Windparks** konnte man über Jahre viel Geld verdienen. Förderungen über das EEG-Gesetz (Erneuerbare-Energien-Gesetz) ließ es in der Kasse heftig klingeln. Aufgrund gestiegener Zinsen, fallender Strompreise und höherer Kosten ist es damit vorbei. Auf der E-World im Februar dieses Jahres in Essen wurde darüber diskutiert, dass Katherina Reiche künftig die Entschädigung für Neuanlagen streichen will, falls die Anlagen wegen einer Überlastung des Netzes abgeregelt werden müssen. Es soll dafür ein „**Redispatch-Vorbehalt**“⁷ eingeführt werden. Über den Entwurf muss die Regierung noch abstimmen.

Atomkraft in Deutschland ist noch immer ein Thema, was hoch gekocht wurde und wird. In der EU lehnen heute Dänemark, Deutschland und Österreich Atomkraft ab. In einem Bündnis aus 14 EU-Staaten denkt man in den anderen Ländern anders. Sie setzen auf den Ausbau der Kernenergie. Ursula von der Leyen bezeichnet heute die Abkehr von der Atomkraft als strategischen Fehler und will Europa an der weltweiten „**Renaissance der Kernenergie**“ beteiligen. Sie hat ihre Meinung völlig gedreht und betont heute, dass Atomkraft nach Wasserstoff die zweitgrößte Quelle für

⁵ RMB = wörtlich Volkswährung – Basiseinheit = Yuan (CNY)

⁶ Shiwu Wu = 141-seitiges Strategiepapier

⁷ Verhindert Überlastungen von Leitungen, wenn mehr Strom produziert wird, als transportiert werden kann.

emissionsarmen Strom ist und einen stabilen Anker für den Strompreis bildet. Für SMR (Small Modulare Reactors) stellt die EU 200 Mio. € zur Verfügung. Die Mini-Atomkraftwerke sollen bis zu 300 Megawatt elektrische Leistung haben. Zum Vergleich: Das AKW Isar 2 wurde im Frühjahr 2024 abgeschaltet und hatte eine Leistung von 3.950 Megawatt. Ein vorliegendes Gutachten für Sicherheit der nuklearen Entsorgung sagt aus, dass bis zu 10.000 SMR-Anlagen notwendig wären, um auf die Leistung der derzeit aktiven rund 400 großen Reaktoren weltweit zu kommen. Durchschnittsalter der derzeit laufenden Meiler: 32,4 Jahre. Die EU-Kommission hat bereits eine Staatshilfe für das erste Atomkraftwerk in Polen genehmigt. Im vergangenen Jahr stammten 58,6% der ins Netz eingespeisten Strommengen aus Biogas, Sonne und Windkraft. Konventionelle Energieträger wie Kohle und Erdgas lieferten 181,3 Mrd. Kilowattstunden und steuerten somit einen Anteil von 41,4% bei. Windkraft hatte einen Anteil von 30% und Fotovoltaik von 17,4%. Ca. 16% der gesamten inländischen Produktion war Solarstrom.

Dass sich die EU von Russland als Gas- und Öllieferant lösen will, ist hinreichend bekannt.

Erdgas	Bis spätestens zum 01.11.2027
LNG ⁸	Bis spätestens zum 31.12.2026
Pipeline-Gas	Bis zum 30.09.2027, mit Ausnahmen bis 31.10.2027
Öl	Bezug über Ungarn und die Slowakei (siehe hierzu auch Info auf Seite 1)

Man will diversifizieren, d.h. Lieferungen von mehreren anderen Staaten (nur nicht Russland). Bisher liefern die USA Energie in die EU von 60-75 Mrd. €. Das neue Handelsabkommen sieht vor, dass die USA in 3 Jahren 750 Mrd. € an Energie in die EU liefert. Experten bezweifeln die Realisierbarkeit dieser Zusage, da die Produktions- und Exportkapazitäten der USA begrenzt sind. Durch diesen Etikettenschwindel macht sich die EU künftig nicht mehr von Russland, sondern von den USA abhängig. Die künftige **Energiesicherheit der EU** (die uns Deutsche auch betrifft) erfordert dringend struktureller Wandlung.

Seit Jahren lässt der französische Präsident keine Gelegenheit aus, für **Eurobonds** zu werben. Wir hätten eine Erklärung, warum ihm der Präsident der Deutschen Bundesbank beipflichtet. Er bewirbt sich um das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB). Um das zu erreichen, benötigt er die Stimme Frankreichs.

Eurobonds sind Schulverschreibungen, die von mehreren Staaten gemeinsam emittiert werden, wobei alle beteiligten Länder für die Rückzahlung gemeinsam haften.

Vorteile: Günstigere Konditionen für schwächere Eurostaaten. Durch die gemeinsame Haftung sinken die Zinsen für Länder mit geringerer Bonität. Stärkung der wirtschaftlichen Stabilität der Eurozone. Finanzierung von gemeinsamen Projekten.

⁸ LNG (engl. liquefied natural gas) = verflüssigtes aufbereitetes Erdgas

Nachteile / Kritik: Wirtschaftlich stabile Länder (wie noch Deutschland) müssten bei einer gemeinsamen Haftung für die Schulden schwächerer Länder eintreten. Es könnte sein, dass Eurobonds überschuldete Länder von einer Haushaltskonsolidierung abhalten könnten. Die Einführung erfordert eine Änderung der EU-Verträge, da die „No-Bail-Out-Klausel“⁹ in den Verträgen verankert ist.

Eurobonds sind Kontrollverlust auf Raten. Sie schwächen Deutschlands Stabilität, setzen politisches Kapital aufs Spiel. Sie bleiben weiter ein umstrittenes, aber aktuelles Thema.

Der **EU-Gipfel am 19. dieses Monats** in Brüssel hatte als Hauptthema die Blockade Ungarns bei der Auszahlung eines 90-Mrd.-Euro-Hilfspakets für die Ukraine (siehe Seite 1 dieser Info). Bundeskanzler Merz kritisierte den ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán und bezeichnete dessen Haltung als groben Verstoß gegen die Loyalität. Weiter beschloss die EU, nicht aktiv am Iran-Krieg teilzunehmen und lehnte darüber hinaus eine Unterstützung an der Marinemission Aspides im Roten Meer ab. In der Debatte um Energiepreise und Klimapolitik wurde über das europäische Emissionshandelssystem (ETS) diskutiert. Deutschland lehnte eine europaweite Preisdeckelung ab. Zu der Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte für die Ukraine-Hilfe konnte man sich nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Die Themen Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratie wurden leider nur stiefmütterlich behandelt.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Donald Trump wurde vor gut einem Jahr zum zweiten Mal US-Präsident. Seit seiner Amtsübernahme verlor der US\$ ca. 13% gegenüber dem Euro. Da die Rohstoffe in US\$ gehandelt werden, hat das einen direkten Einfluss auf die Preise. Wenn der US\$ schwächer wird, benötigen Käufer aus anderen Währungsregionen weniger ihrer eigenen Währung, um **Nickel** (Ni) oder andere Rohstoffe zu erwerben. Die schwache Nachfrage und hohe Lagerbestände halten den Ni-Preis unter Druck (siehe nachstehende Tabelle). Maßgeblich wird die Ni-Preisentwicklung von der Produktionspolitik Indonesiens geprägt. 2020 wurde ein Exportverbot für unverarbeitetes Ni-Erz eingeführt. Folge war der Ausbau lokaler Verarbeitungskapazitäten. Zwischenzeitlich stützte die indonesische Regierung den Markt, indem sie die Abbaumenge (2026) von 42 auf 12 Mio. Tonnen reduziert und neue Investitionen begrenzt hat. Mittelfristig (Ende 2026) wird ein Preis von 17.750 US\$/to prognostiziert. Nach Abbau der hohen Lagerbestände könnte der Ni-Preis (bis 2028) bei 18.500-19.000 US\$/to liegen. Schon in diesem Jahr wird die Ni-Preiserholung den LZ¹⁰-Preis erhöhen.

Bei **Molybdän** (Mo) ist es ähnlich wie bei Nickel. Mo ist „sprunghaft“ und hängt stark von der Nachfrage aus der Stahlindustrie sowie aus China ab. Darüber hinaus spielen geopolitische Spannungen, Handelsbeschränkungen und zurzeit hohe Frachtkosten eine Rolle. Der stabile Mo-Preis lässt den LZ steigen. Kurzfristig sehen wir keine Abschwächung, eher einen Anstieg.

Die Nachfrage nach **Chrom** steigt vor allem durch die Edelstahlproduktion. Bis 2035 wird mit jährlichen Wachstumsraten von gut 4% gerechnet. Die augenblicklichen Preisschwankungen haben keinen Einfluss auf den LZ.

⁹ Die sogenannte No-Bail-Out-Klausel - Nichtbeistandsklausel - besagt, dass ein EU-Mitgliedstaat nicht für einen anderen Staat finanziell haften darf (Quelle: NDR Info)

¹⁰ LZ = Legierungszuschlag

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/25 11/25 12/25	390	03/25	450	400	430	440									
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/25 08/25	950	01/25	1.270	1.030	1.100	1.280									
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/25 08/25	2.000	03/25	2.240	2.100	2.120	2.270									

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team

Im Fazit unseres letzten KGW-Rundschreibens Februar 2026 wurde berichtet, dass es bei Acerinox sowie Outokumpu zu Streiks und daraus resultierenden Lieferproblemen gekommen sei. Diese Information ist nicht zutreffend.

Wir bedauern diese Falschmeldung ausdrücklich und entschuldigen uns für die entstandene Verunsicherung. Zwischenzeitlich standen wir mit beiden betroffenen Unternehmen in direktem Kontakt, um den vorliegenden Sachverhalt richtigzustellen.

Selbstverständlich legen wir großen Wert auf die Richtigkeit unserer Informationen und werden unsere internen Prozesse entsprechend überprüfen.